

Landmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. NRW

Welche niedrigschwelligen (politischen Bildungs-) Maßnahmen planen Sie gegen den Einsatz von russischsprachigen Desinformationen?

Desinformationskampagnen – nicht nur russischsprachige - stellen ein großes Problem für liberale demokratische Rechtsstaaten dar. Wir werden die Stärkung der Medienkompetenz für alle Altersklassen angesichts einer wachsenden Zahl digitaler Medienangebote und der zunehmenden Verbreitung von FakeNews, Hassmails und Verschwörungstheorien weiter fördern. Projekte wie #DigitalCheckNRW wollen wir weiterentwickeln und ausbauen. „Faktenchecker“, die aufklären und präventive Arbeit leisten, sollen ebenso weiter gefördert werden wie die bewährten Präventiv-Projekte „Medi Scout NRW“ und „ZEBRA“ der LfM. Ein besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die Schulen. Wir wollen Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, Schülerzeitungen und Schülerblogs zu entwickeln und so eigene journalistische Erfahrungen zu sammeln. Wir setzen uns zudem auf Bundesebene für die Schaffung einer Bundeszentrale für digitale Bildung ein. Diese soll in drei Säulen Aufgaben der Koordination, Qualitätssicherung und Vermittlung digitaler Bildung in Deutschland übernehmen.

Wie möchten Sie Teilnahmechancen von (Spät-)Aussiedler:innen in demokratischen Gremien erhöhen?

Wir sehen die (Spät) Aussiedlerinnen und Aussiedler als einen wichtigen Bestandteil unserer weltoffenen und toleranten Gesellschaft an, die auf vielfältigen Gebieten unser Gemeinwesen bereichern. Dies noch offensiver darzustellen, ist eine Aufgabe aller - vom Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, dem Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen über die engagierten Vereine und Verbände der Deutschen aus Russland bis hin zur Gesellschaft insgesamt. Jede und jeder in unserer Gesellschaft, die oder der die Anforderungen einer Kandidatur erfüllt und Politik aktiv gestalten will, steht es frei, sich in Parteien zu engagieren und zu kandidieren. Wir freuen uns über jede Form des Engagements und legen auch innerparteilich großen Wert auf Vielfalt.

Welchen Standpunkt vertritt Ihre Partei in Bezug auf den Ausbau bzw. den Erhalt russlanddeutscher Erinnerungsstätten, Museen, Kultureinrichtungen?

Wir begrüßen aus der Bürgergesellschaft heraus getragene Projekte, die durch die Aufrechterhaltung der Erinnerungen einen Beitrag dazu leisten, Menschen zu verbinden, Grenzen abzubauen und zur Verständigung beitragen.

Planen Sie eine Erweiterung der Fördermöglichkeiten für russlanddeutsche Kulturprojekte?

Das kulturelle Erbe der Vertriebenen, Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ist selbstverständlicher Teil unserer vielfältigen Gesellschaft, den wir als Ausdruck von Vielfalt und Bereicherung ansehen. Wir haben für einen deutlichen Aufwuchs der Kulturförderung des Landes um 50 Prozent gesorgt. Damit konnten wir für eine spürbare Stärkung der Kulturszene in Nordrhein-Westfalen sorgen. Wir wollen diesen Weg fortsetzen und auch zukünftig den Kulturetats steigern, mit einem jährlichen Zuwachs von 20 Millionen Euro.

Inwieweit soll die Geschichte der Russlanddeutschen besser in das schulische Curriculum integriert werden?

Wir wollen den Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen beste Bildung ermöglichen. Zentral hierfür ist die Qualitätsentwicklung und -sicherung von Schulen und Unterricht. Im Rahmen des Geschichtsunterrichts an den nordrhein-westfälischen Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler lernen, ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein zu entwickeln sowie Zusammenhänge von und mit historischen (und politischen) Ereignissen verstehen, deuten und beurteilen zu können. Dabei ist es aus unserer Sicht maßgeblich, dass die Schülerinnen und Schüler während ihrer Schullaufbahn die gesamte Vielfalt geschichtlicher Entwicklungen und Zusammenhänge kennenlernen, angefangen bei den ersten Hochkulturen, über die Antike, das Mittelalter und die Neuzeit.

Einen wichtigen Platz im Geschichtsunterricht nimmt auch die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ein. In diesem Rahmen sollen unter anderem die Geschichte und das Schicksal der Russlanddeutschen aufgegriffen und im historischen Kontext thematisiert werden.

Wie ist Ihr Standpunkt zur institutionalisierten Förderung von Migrantenselbstorganisationen?

Migrantenselbstorganisationen (MSO) verfügen über Potenziale, deren Weiterentwicklung für die praktische Umsetzung der integrationspolitischen Ziele des Landes Nordrhein-Westfalen wichtig ist. Sie leisten bereits einen wesentlichen Beitrag als Dienstleister bildungsbezogener, sozialer und kultureller Angebote. Wir wollen die Mittel für die MSO aufgrund ihrer Bedeutung für die Gesamtgesellschaft und für die Integration von Neuzugewanderten verstetigen. Wir haben mit der Novelle des Teilhabe- und Integrationsgesetzes die Förderung der integrationspolitischen Infrastruktur abgesichert und eine Anpassung der Fördersummen entsprechend der Tarifsteigerungen und der Entwicklung der Verbraucherpreise festgeschrieben. Damit schaffen wir erstmals eine langfristig verlässliche Finanzierung auf gesetzlicher Grundlage gerade auch für die Integrationsarbeit der freien Träger. Darüber hinaus wollen wir Qualifizierung und Professionalisierung der MSO fördern.

Planen sie eine finanzielle Förderung der bislang fast ausschließlich geleisteten ehrenamtlichen Beratungsleistungen für Neuangekommene durch die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V., Landesgruppe NRW?

Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist bürgerschaftliches Engagement. Viele Hilfsangebote für Menschen in besonderen Lebensphasen werden vom Ehrenamt getragen. Das Engagement von Ehrenamtlichen erstreckt sich weit darüber hinaus. Deswegen werden wir zivilgesellschaftliches Engagement in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens weiter stärken und bestehende Konzepte und Strategien dafür fortschreiben. Wir wollen die Leistungen der Engagierten noch stärker würdigen und in das öffentliche Bewusstsein bringen. Die jeweiligen Vereine und Verbände wollen wir bei Qualifizierungsangeboten unterstützen.

Warum ist es wichtig, wählen zu gehen?

Durch die Teilnahme an der Wahl kann jede und jeder direkt Einfluss darauf nehmen, welche Werte und Überzeugungen die Politik des Landes bestimmen und welche Vorhaben umgesetzt werden sollen. In den Wahlprogrammen legen die Parteien fest, mit welchen Überzeugungen welche Vorhaben angegangen werden sollen. Die Wähler bestimmen so durch ihre Stimmabgabe unmittelbar darüber, was wie umgesetzt werden soll. Wir Freien Demokraten stehen seit 2017 in Verantwortung für

Nordrhein-Westfalen. Vieles haben wir erreicht, aber noch mehr vor. Wir sind überzeugt, dass das Beste noch vor uns liegt: Noch mehr Chancen für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen Nordrhein-Westfalen noch freier, fairer und moderner machen. Wir wollen unser Land weiter voranbringen – mit unserem Fortschrittsprogramm für NRW.